

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags
und Freitags. — Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Mk., durch die Post
bezogen 1 Mk. 25 Pf. — Einzelne
Nummern 10 Pf.

Inserate
werden Montags und Donnerstags
bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Insertionspreis
10 Pf. pro dreispaltige
Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

No. 35.

Dienstag, den 2. Mai

1893.

Wegen Reinigung der Gerichtstotalitäten bleibt **Sonnabend, den 6. Mai d. Js.**, das unterzeichnete Amtsgericht geschlossen.
Königliches Amtsgericht Wilsdruff, den 27. April 1893.

Dr. Gangloff.

Dienstag, den 9. Mai d. Js., 10 Uhr Vormittags

gelangen in dieser Stadt folgende Gegenstände, als: 1 Ackerflug, 2 eiserne Eggen, 1 Zauchenfah, 1 Kleiderschrank, 1 Pelz u. a. m. zur öffentlichen Versteigerung.
Wiederverammlung im Hotel Löwe daselbst.
Wilsdruff, den 29. April 1893.

Kend. Busch, Ger.-Vollz.

Bekanntmachung.

Mit Genehmigung der königlichen Amtshauptmannschaft zu Meissen wird wegen Wasserschutt der **Wilsdruff-Bühndorfer Communicationsweg vom 2. bis mit 9. Mai ds. Js. gesperrt.**
Alle Fahrverehr wird während dieser Zeit auf den Sachsdorfer- und Kaufbacher-Communicationsweg gewiesen.
Wilsdruff, am 30. April 1893.

Der Bürgermeister.
Sicker.

Donnerstag, den 4. ds. Mts., Nachmittags 6 Uhr,

öffentliche Stadtgemeinderathssitzung.

Wilsdruff, am 1. Mai 1893.

Der Stadtgemeinderath.
Sicker, Präsmr.

Generalversammlung

der **Bezirks-Armen- und Arbeitsanstalt zu Silbersdorf**
Sonnabend, den 13. Mai 1893 Nachmittags 2 Uhr im Gewerbehans zu Freiberg.

Tagesordnung.

1. Rechnungslegung der Jahresrechnung von 1891.
2. Ablegung des Rechenschaftsberichtes von 1892.
3. Vorlage des Haushaltsplanes auf 1893.
4. Ermächtigung zur Ausschreibung der 28. Anlage.
5. Neuwahl des Direktoriums und der Herren Ausschussmitglieder.

Bezirks-Armen- und Arbeitsanstalt Silbersdorf, am 29. April 1893.

Die Direktion.
F. Riedrich.

Tagesgeschichte.

Die Auflösung des Reichstages scheint nunmehr doch regierungsseitig beschlossene und unabänderliche Thatsache zu sein. Die in Wien erscheinende, bekanntlich fast von allen europäischen Regierungen zur Kundgebung ihrer Meinungen benutzte „Polit. Korresp.“ veröffentlicht nämlich folgenden vom 26. d. M. datirten Situationsbericht aus Berlin: Die Aussichten, daß der gegenwärtige Reichstag sich noch zur Annahme der Militärvorlage erheben werde, sind nachgerade sehr gering geworden. Damit wird die Auflösung des Reichstages unmittelbar vor die Augen gerückt. Lange schon ist ja von dieser Auflösung die Rede, aber die Parteien, die die Militärvorlage ablehnen wollen, haben sich zugleich keine Mühe verdriessen lassen, die Auflösung als ein Ding der Unmöglichkeit hinzustellen. So wurde bald das Gerücht ausgebreitet, der Reichskanzler werde zurücktreten, bald, er werde im letzten Augenblick in ein weit hinter der ursprünglichen Forderung zurückbleibendes Kompromißwilligen, bald, er werde das Centrum durch weitgehende kirchenpolitische Zugeständnisse gewinnen u. s. w. Sogar Kaiser und Papst hat man in den Kreis dieser Fabeln gezogen. Wenige Köpfe nur vermochten sich der einfachen Wahrheit zu öffnen, daß der Reichskanzler gehofft hat, der Reichstag werde einer sonnenklaren Nothwendigkeit gegenüber, die auf einer unverkennbaren nationalen Gefahr beruht, sich zu einem patriotischen Entschluß aufrufen und Niemand werde für die Theilnahme an solcher That noch den Sondermuthen seiner Partei herausgeschlagen wollen. In dieser Zuversicht hat sich der Reichskanzler getäuscht, was den Reichstag betrifft; aber nicht, was die Nation betrifft. Man darf heute kühn behaupten, daß alle patriotischen und einsichtigen Männer, alle gebildeten Deutschen, die nicht in die Bande der Parteiklaverei geschlagen sind, die Nothwendigkeit der Militärvorlage begreifen. Diese Männer, so zahlreich sie sind, bedeuten freilich wenig gegen die Masse der Wähler, die Wählermasse aber befindet sich in einem sozusagen unbeschreiblichen Zustand, den niemand besser geschildert hat, als ein nationalliberaler Reichstagsmann, der am 10. April vor einer Parteiverammlung zu Ludwigshafen in der Pfalz sprach. Dieser, Dr. Clemm, sagte u. a.: „Das wird diesmal eine Agitation geben, wie sie, seit der Reichstagsbestehung, überhaupt noch nicht da war, denn es wird die Militärfrage gar nicht die Hauptrolle spielen, sondern die materiellen Interessen, und diese werden in furchtbarer Weise auf einander schlagen.“ Dem ist hinzuzufügen, nicht bloß die materiellen Interessen, sondern ebenso die gemeinen Leidenschaften werden in der Wahlbewegung die Hauptrolle spielen. Darum konnte auch der Redner in Ludwigshafen fortfahren: „Wir werden einen Reichstag bekommen, darin noch ein Duzend Ahlwards sitzen.“

Der weiteren Ausführung des Redners muß aber Ihr Korresp. widersprechen. Er zieht nämlich aus seiner Schilderung der zu erwartenden Wahlbewegung die Folgerung, daß die Regierung um keinen Preis auflösen dürfe, sondern um jeden Preis nachgeben müsse. Welch ein Zerkum! Im März 1893 läuft die gegenwärtige Mandatsperiode ab, und man würde also dann vor einer unvermeidlichen Neuwahl und damit genau vor einer Neubewegung des gleichen Charakters stehen, wie sie jetzt zu erwarten ist. Es ist daher bei weitem vorzuziehen, wenn die Neuwahlen gegenwärtig stattfinden. Jetzt ist die Weillage noch ruhig, jetzt liegt eine nationale Lebensfrage vor, die wenigstens allen gesunden Elementen deutlich die Fahne zeigt, um die sie sich ohne Widerspruch sammeln können. Um diese Fahne wird nicht die Mehrheit sich sammeln, aber der Kern der Nation. Es muß einmal der völlige Widerspruch vor Augen gebracht werden, worin sich das allgemeine Wahlrecht und seine unverantwortliche Wählermasse mit dem Kern der Nation und seinen heiligsten Ueberzeugungen befindet. Man darf annehmen, daß an der maßgebenden Stelle die völlig klare Einsicht in diese Nothwendigkeit vorhanden ist, und daß also die Auflösung ohne Zögern und ohne Schwanken erfolgen wird.

Es ist höchst bedauerlich, daß ein großer Theil der Vertreter des Deutschen Volkes im Deutschen Reichstage so vielfach die Sitzungen schwänzt und dadurch oft das Haus bei den bedeutungsvollsten Sitzungen beschlußunfähig macht, noch viel bedauerlicher aber ist es, daß ein anderer Theil der Abgeordneten den Reichstag dazu benutz, um sich persönlich die gemeinsten Verdächtigungen und Schimpfworte ins Gesicht zu schleudern, wie es in der Sitzung am vergangenen Freitag geschehen ist. Was sollen die Wähler dazu sagen? Die „Dr. Nachr.“ bringen in ihrer Sonntagnummer einen Entrüstungsleitartikel, der viel Wahres enthält und wir denselben hier theilweise zum Abdruck bringen. Die Nachrichten schreiben: Die Debatten, welche am Freitag im Reichstage bei der dritten Beratung der Wuchererzettelle stattfanden, lieferten einen drastischen Beweis, daß die Kampfweise, die ein Ahlwardt geübt hat und der er zum Opfer gefallen ist, noch weit widerwärtiger von Juden und Sozialdemokraten gehandhabt wird. Gefährlicher als der antisemitische Agitator Ahlwardt, für den vielleicht als Milderungsgrund eine große Portion Thorheit und Unzurechnungsfähigkeit geltend gemacht werden kann, sind die Ahlwards unter der Sozialdemokratie und unter den Deutschfreisinnigen, die Demagogen vom Schlage Eugen Richters und Liebknechts, die Bäter und die Führer der bürgerlichen und der sozialen Demokratie, die gleich ihrem ungleichen Schüler Ahlwardt täglich bewiesene und beweislose Verdächtigungen und Verleumdungen in die Welt hinausgeschleudern, nur daß sie dabei

mit größerem Raffinement und Geschick verfahren, indem sie niemals so tölpelhaft waren, sich von ihren Gegnern zur Beweisführung verpflichten und dann festnageln zu lassen. Die unerreichten Vorbilder im Schimpfen, im Lügen und Verleumben sitzen in den Reihen jener beiden Parteien, in denen die zeretzenden Ideen der jüdischen Weltanschauung zum Ausdruck gelangen und vertreten werden. Die Sünden, deren er sich jetzt über Ahlwardt das Verdikt gesprochen wird, sind früher hundertmal von Fortschrittler und Sozialdemokraten ungestraft und ungehört begangen worden. Die niederträchtigsten Verdächtigungen und Schmähungen haben sich Eugen Richter und seine Spießgesellen im Parlament und in der Presse dem Fürsten Bismarck gegenüber zu Schulden kommen lassen, ohne daß sie sich für verpflichtet gehalten haben, auch nur die leiseste Spur eines Beweises zu erbringen und ohne daß auch nur ein Versuch gemacht worden ist, die häßlichen Ehrenabscheider vor das Forum einer parlamentarischen Untersuchungskommission zu ziehen und dort an den Pranger zu stellen. Vor wenigen Tagen hat Liebknecht in der Schwed. den ungeheuerlichen Sog ausgesprochen: „Wir können ja jeden Augenblick beweisen, daß es mehr als 100 Reichstagsmitglieder giebt, die mehr als eine Familie haben!“ In ähnliche Formen pflegt Ahlwardt seine Behauptungen über die Corruption zu kleiden, die das Judentum angerichtet hat. Der wesentliche Unterschied ist nur der, daß der Antisemit Ahlwardt unter dem allgemeinen Triumphgeheul der Juden und der Judenfreunde abgeschlocht worden ist, während Niemand daran denken wird, dem Sozialdemokraten Liebknecht wegen seiner maßlosen Beschimpfungen im Stile seines Kollegen Ahlwardt mit der Forderung eines atemmäßigen Nachweises auf den Leib zu rücken. Es liegt auf der Hand, warum das Eine geschieht und das andere nicht geschieht: Ahlwardt hat es gewagt, gegen Juden zu Felde zu ziehen, Liebknecht aber hat sich nicht getraut, die Vertreter der nationalgesinnten Mehrheit des deutschen, des christlichen Volkes zu beschimpfen. Die Manier eines Liebknecht entspricht ganz der Polemik, die seit Jahrzehnten von der jüdisch-fortschrittlichen Presse und vor dem Sozialistengesetze und nach dem Wegfalle desselben von den sozialdemokratischen Blättern Tag für Tag gegenüber den Verkämpfern für Deutschthum und Christenthum geübt wurde.

Das Beispiel einer heftigen Wahlbewegung, wie sich nach der Reichstagsauflösung ergeben würde, gewährt gegenwärtig der Wahlkreis Dortmund. Dort findet am 3. Mai infolge der Ungültigkeitserklärung der Wahl des nationalliberalen Abgeordneten eine Neuwahl statt. Am vorigen Sonntag wurden in dem Wahlkreis nicht weniger als 40 Volksversammlungen abgehalten, nämlich 15 von den Sozialdemokraten, 9 von den Freisinnigen, 9 vom Centrum und 7 von den Nationalliberalen